

Starkes Handwerk, starke Wirtschaft

Auf einen Blick:

- Wir brauchen mehr Handwerker:innen. Deshalb muss es attraktiver werden, sich für eine Ausbildung im Handwerk zu entscheiden. Dafür braucht es moderne, gut ausgestattete Berufsschulen. Die zentrale Botschaft der Berufsorientierung an den Schulen muss die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung sein.
- Es braucht bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende. Mit dem Programm „Junges Wohnen“ unterstützen wir den Wohnungsbau für Auszubildende sowie Studierende und schaffen mehr Wohnungen für junge Menschen. Neben ausländischen Fachkräften wollen wir gerade auch mehr Frauen für Handwerksberufe gewinnen. Vor allem selbständige Handwerkerinnen brauchen deshalb finanzielle Absicherung und bessere Rahmenbedingungen bei einer Schwangerschaft.
- Wir wollen Betriebsübernahmen unterstützen und verhindern, dass beim Ausscheiden der Inhaber:innen vieler Handwerksbetriebe Know-How verloren geht.
- Auch im Handwerk wollen wir mit Praxis-Checks unnötige Bürokratie identifizieren und beseitigen.
- Handwerksbetriebe brauchen bezahlbare Energie. Um für die Handwerksbetriebe verlässliche und bezahlbare Strompreise zu sichern, beschleunigen wir den Ausbau erneuerbarer Energien und stabilisieren die Netzentgelte.

Sozialdemokratische Forderungen für unsere Handwerker:innen

Mit über einer Million Betrieben und rund 5,5 Millionen Beschäftigten ist das Handwerk ein Grundpfeiler der deutschen Wirtschaft. Das Handwerk steht für hervorragende Ausbildung, gute Arbeitsplätze und hohe Qualitätsstandards. Der Bedarf an handwerklichen Dienstleistungen wird auch in Zukunft hoch sein: Ob es um den Einbau von Wärmepumpen, die Installation von PV-Anlagen oder die Wartung von E-Fahrzeugen geht – ohne Handwerker:innen wäre der Umbau hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft nicht möglich!

Viele Handwerksbetriebe stehen allerdings vor großen Herausforderungen. Weil Ausbildungsplätze unbesetzt bleiben, fehlt es in vielen Betrieben an Nachwuchskräften. Auch die Suche nach erfahrenen Fachkräften gestaltet sich oft schwierig und ältere Inhaber:innen finden häufig keine Nachfolger:innen für ihre Unternehmen. Für viele Handwerksbetriebe sind außerdem die bürokratischen Hürden eine echte Belastung. Die Digitalisierung und die Umstellung auf klimaneutrale Energieversorgung eröffnen zwar große Chancen, sind aber gerade für kleinere Unternehmen oft nicht einfach zu bewältigen.

Die SPD-Bundestagsfraktion steht bei diesen Veränderungsprozessen an der Seite unserer Handwerker:innen. Wir wollen die Rahmenbedingungen so gestalten, dass das Handwerk mit dem Wandel Schritt halten kann und gestärkt in die Zukunft geht.

So machen wir den Einstieg ins Handwerk attraktiver

Um auf Dauer genügend Fachkräfte für das Handwerk zu gewinnen, muss es für junge Menschen attraktiv sein, einen Handwerksberuf zu ergreifen.

Ein Erfolgsfaktor für eine gute Ausbildung im Handwerk ist unser duales Ausbildungssystem, das wir erhalten und stärken wollen. Im Ausbildungsbetrieb, der Berufsschule und in den überbetrieblichen Berufsbildungsstätten werden den Auszubildenden im Handwerk wichtige Kompetenzen vermittelt. Wir sind zu Recht stolz auf dieses System, um das wir weltweit beneidet werden. Denn es steht für ein hohes Ausbildungsniveau und viel Know-How in den Handwerksbetrieben.

Ausstattung der Berufsbildungsstätten

Die duale Ausbildung muss auch in Zukunft ein Erfolgsmodell bleiben, damit junge Menschen eine zeitgemäße und moderne Ausbildung erhalten können. Den überbetrieblichen Bildungsstätten kommt dabei eine zentrale Rolle zu.

Die überbetriebliche Lehrlingsunterweisung (ÜLU) ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Ausbildung im Handwerk. Denn sie ergänzt die Ausbildung in Schule und Betrieb. Hier werden Kompetenzen vermittelt, die vor allem in kleinen und mittelständischen Betrieben nicht gelehrt werden können. Azubis bekommen damit die Möglichkeit, neueste Techniken sowie Technologien kennenzulernen und fit in der Anwendung zu werden. Das wird nicht nur mit Blick auf die Digitalisierung, sondern auch für die Transformation der Wirtschaft immer wichtiger.

Wir wollen die Voraussetzungen zur Vermittlung digitaler Kompetenzen in den Ausbildungsbetrieben, Berufsschulen und in den überbetrieblichen Bildungsstätten (ÜBS) verbessern. Damit das gelingt, muss die technische Ausstattung in den Bildungsstätten und Berufsschulen auf dem neuesten Stand sein. Wir setzen uns daher auch weiterhin für die Fortsetzung des Digitalpakts Schule ein.

Berufsbilder im Handwerk modernisieren

Berufsbilder im Handwerk müssen mit neuen Herausforderungen Schritt halten, damit die Nachwuchsfachkräfte mit der Transformation mithalten können. Neben technologischen Neuerungen geht es dabei auch um den kulturellen Wandel einiger Berufsgruppen und ein neues berufliches Selbstverständnis. Der Anpassungsbedarf variiert je nach Branche, Tätigkeitsfeld oder Region.

Auch in etablierten Berufsgruppen müssen teilweise neue Kompetenzprofile erarbeitet werden. Damit das gelingt, werden die dualen Ausbildungs- und Meisterprüfungsverordnungen immer wieder aktualisiert. Wir unterstützen daher auch weiterhin Initiativen zur Modernisierung und Neufassung von Ausbildungsverordnungen, die von den Sozialpartnern ausgehen und in Zusammenarbeit mit dem Bundesinstitut für Berufsbildung erfolgen.

Mobilität der Auszubildenden im Handwerk verbessern

Um die Mobilität minderjähriger Auszubildender im ländlichen Raum zu stärken, wäre auch die Einführung des begleiteten Fahrens ab 16 Jahren ein geeignetes Instrument. Wir wollen uns deshalb auf europäischer Ebene weiterhin für eine entsprechende Möglichkeit innerhalb der Führerscheinrichtlinie einsetzen.

Wohnraum für Auszubildende stärken

Gerade Auszubildende haben es auf dem Wohnungsmarkt besonders in Ballungsräumen immer schwerer, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Mit dem Programm „Junges Wohnen“ fördert das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen sozialen Wohnraum für junge Menschen. Damit unterstützen wir allein in den Programmjahren 2023 bis 2025 mit insgesamt 1,5 Milliarden Euro aktiv den Wohnungsbau für Auszubildende und Studierende. Die Länder sind nun in der Umsetzung des Förderprogramms weiter gefordert, die zur Verfügung stehenden Mitteln zum Bau und zur Modernisierung von Azubi-Wohnheimen zu nutzen.

Gleiche Startchancen für alle

Seit Beginn des Schuljahres 2024/25 fördern wir mit dem neuen Startchancen-Programm nicht nur allgemeinbildende, sondern auch berufsbildende Schulen. Mit insgesamt 20 Milliarden Euro unterstützen Bund und Länder in den nächsten zehn Jahren 4.000 Schulen in sozial herausfordernden Lagen. Damit ist es nicht nur das größte bildungspolitische Programm seiner Art in Deutschland, sondern auch das erste, bei dem die Mittel nach Sozialkriterien verteilt werden. So stärken wir die berufliche Bildung gerade für Schüler:innen aus sozial herausfordernden Lagen und unterstützen sie gezielt auf ihrem Ausbildungsweg.

Berufsorientierung besser aufstellen

Die Berufsorientierung an Schulen ist für viele Jugendliche die Grundlage ihrer Entscheidung einer passenden Ausbildung nach dem Schulabschluss. Schüler:innen sollen eine umfassende und ergebnisoffene Berufsorientierung an den Schulen erhalten, in der akademische und berufliche Bildung gleichgestellt sind. Die berufliche Bildung muss über alle Schulformen hinweg fester Bestandteil sein – auch an Gymnasien. Mit Blick auf die Berufsorientierung müssen die Interessen, Talente und Fähigkeiten der Jugendlichen im Mittelpunkt stehen, nicht der Titel auf dem Abschlusszeugnis. Zudem wollen wir die Durchlässigkeit von beruflicher und akademischer Bildung verbessern.

Schon jetzt schaffen viele Bundesländer Räume, in denen sich junge Menschen ausprobieren können, um herauszufinden, wo ihre Stärken liegen. Die Bundesagentur für Arbeit (BA) bemüht sich, in ganz Deutschland junge Menschen bei der Wahl des richtigen Berufs zu unterstützen. Auch die Kammern gehen in den Regionen auf Schulen zu, um die große Bandbreite an Ausbildungsberufen bekannter zu machen und über die Karrieremöglichkeiten mit einer dualen Ausbildung zu informieren.

Um die Berufsorientierung zu stärken, haben wir im Rahmen der Ausbildungsgarantie geförderte Orientierungspraktika in Betrieben geschaffen, bei denen junge Menschen einen Zuschuss zu Unterkunft und Fahrtkosten erhalten können. Mit der Exzellenzinitiative Berufliche Bildung als Teil der Fachkräftestrategie der Bundesregierung haben wir außerdem besonders die Berufsorientierung an Gymnasien ausgebaut.

So sichern wir Fachkräfte für das Handwerk und stärken Frauen

In den letzten Jahren haben wir wichtige Gesetze zur Bekämpfung des Fachkräftemangels und zur Förderung der Qualifizierung der Beschäftigten auf den Weg gebracht. Mit der im Aus- und Weiterbildungsgesetz verankerten Ausbildungsgarantie haben nun auch junge Menschen in unterversorgten Regionen ein Recht auf eine Ausbildung. Wir fördern Berufsorientierungspraktika in Ausbildungsbetrieben und übernehmen mit dem Mobilitätzuschuss Fahrtkosten für junge Menschen, die ihre Ausbildung in einer anderen Region beginnen. Mit dem Weiterbildungsgesetz haben wir die Weiterbildungsförderung für alle Betriebe geöffnet, sodass nun Handwerksbetriebe aller Betriebsklassen von den Fördermöglichkeiten profitieren können. Außerdem helfen wir Beschäftigten, deren Arbeitsplätze vom Strukturwandel betroffen sind, mit dem Qualifizierungsgeld dabei, als Fachkräfte im Unternehmen zu bleiben und neue Aufgaben zu übernehmen.

Mit dem Berufsvalidierungs- und Digitalisierungsgesetz haben wir die Digitalisierung in der dualen Ausbildung vorangetrieben. Wir haben unter anderem die digitale Lernmittelfreiheit für Auszubildende

geschaffen und den digitalen Ausbildungsvertrag eingeführt. Um die ehrenamtlichen Prüfer:innen zu entlasten, haben wir die virtuelle Zuschaltung zu Prüfungen ermöglicht.

Hürden bei der Fachkräfteeinwanderung abbauen

Neben der Mobilisierung des inländischen Arbeitskräftepotenzials wollen wir dafür sorgen, dass Deutschland ein attraktives Land für Fachkräfte aus dem Ausland bleibt.

Mit der Reform des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes haben wir bereits eines der modernsten Einwanderungsmodelle weltweit auf den Weg gebracht. Für unsere Handwerksbetriebe haben wir damit die Rahmenbedingungen verbessert, Arbeits- und Fachkräfte aus dem Ausland zu gewinnen. Wir haben aber noch mehr gemacht: Mit der Anerkennungspartnerschaft wird beispielsweise das Verfahren zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse für Fachkräfte aus Nicht-EU-Staaten erleichtert. Die Fachkräfte können nun zunächst nach Deutschland einreisen, eine Tätigkeit aufnehmen und dann das Anerkennungsverfahren für ihren ausländischen Berufsabschluss im Inland durchlaufen. Voraussetzung ist, dass Arbeitgeber und Fachkraft vorher eine Vereinbarung schließen, in der sie sich verpflichten, das Anerkennungsverfahren zeitnah nach der Einreise zu beantragen. Das ist ein Meilenstein bei der Suche nach geeigneten Bewerber:innen für die unbesetzten Stellen im Handwerk!

Wir müssen jetzt aber dranbleiben, damit die verbesserten Rahmenbedingungen, die wir geschaffen haben, auch in der Praxis ankommen. Dazu wollen wir die Verfahren im Zuwanderungsrecht optimieren und praxistauglicher ausgestalten, insbesondere gilt es die Visaverfahren zu beschleunigen und schnellere Verfahren in den Ausländerbehörden zu ermöglichen.

Wir brauchen aber auch Unternehmen, die offen für neue Wege bei der Besetzung der Stellen sind. Viele Unternehmen gehen mit gutem Beispiel voran. Sie unterstützen die Menschen bei der Wohnungssuche oder bei Behördengängen und zeigen, dass die Integration im Betrieb gelingen kann. Diese Unternehmen wollen wir bei der Suche nach Fachkräften aus dem Ausland und bei der Integration im Betrieb besser mit gezielter Beratung unterstützen.

Geflüchtete besser in den Arbeitsmarkt integrieren

Wir wollen bessere Rahmenbedingungen für Geflüchtete schaffen, um eine Ausbildung oder Arbeit in Deutschland aufzunehmen. Menschen, die hierher geflüchtet sind, sollen in Zukunft deutlich schneller in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt integriert werden. Der von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil eingeführte Jobturbo ist dafür ein wichtiger Schritt. Mit verschiedenen Maßnahmen – etwa einer intensiven Betreuung durch die Jobcenter – sollen anerkannte Geflüchtete schneller in Arbeit gebracht werden. Der Fokus sollte auf einem zielgenauen Matching liegen, damit die Geflüchteten in den Bereichen eine Arbeit aufnehmen können, in denen sie bereits Expertise mitbringen. Damit der Jobturbo zum Erfolg wird, ist es wichtig, dass die Anerkennungsverfahren deutlich schneller ablaufen. Zudem sollten die Regelungen beim Arbeitsverbot gelockert werden.

Das Angebot an Integrations- und Deutschkursen wollen wir ausweiten. Ein breiteres Angebot, das besser auf die Bedarfe ausgerichtet ist, kann auch die Voraussetzungen für die Aufnahme einer Ausbildung oder eines Berufs deutlich verbessern.

Frauen im Handwerk besser unterstützen

Noch immer ergreifen deutlich mehr Männer einen Handwerksberuf als Frauen. Auch wenn dieser Trend in einigen Gewerken bereits abgenommen hat, ist es wichtig, dass das Handwerk auch für Frauen als attraktive Karrierechance wahrgenommen wird. Ein wichtiger Schritt ist eine Berufsorientierung, die die Talente und Interessen junger Menschen in den Fokus stellt – und zwar frei von Geschlechterklischees. Mit der Initiative Klischeefrei oder dem Girls' Day und Boys' Day sind wir schon auf einem guten Weg. Das Engagement muss aber weitergehen, um langfristig noch mehr junge Frauen von einer Karriere im Handwerk zu überzeugen.

Wir müssen gleichzeitig auch die Rahmenbedingungen für Frauen verbessern, die bereits im Handwerk tätig sind. Wichtige Stellschrauben sind die Regelungen für den gesetzlichen Mutterschutz und die Elternzeit bei Selbstständigen. Aktuell kann eine Schwangerschaft bei selbstständigen Handwerkerinnen eine Existenzbedrohung darstellen. Das darf in Zukunft nicht mehr so sein! Wir fordern deshalb ein System, in dem schwangere Selbstständige finanziell besser abgesichert werden. Das betrifft sowohl die individuelle Absicherung von selbstständigen Handwerkerinnen vor und nach der Entbindung als auch die Absicherung des Betriebs bei mutterschutzbedingten Ausfällen. Wir wollen die Rahmenbedingungen so verändern, dass mit einer Schwangerschaft bei selbstständigen Handwerkerinnen nicht mehr die Sorge einer Betriebsschließung einhergeht.

So machen wir die Meisterausbildung attraktiver

Der Meister ist der Kern der handwerklichen Weiterbildung. Handwerksmeister:innen leiten nicht nur erfolgreich Betriebe, sie bilden auch den Nachwuchs in ihren Gewerken aus und stellen die hohe Qualität in der dualen Ausbildung sicher.

Mit dem Aufstiegs-BAföG unterstützen wir bereits diejenigen, die eine Fortbildungsmöglichkeit im Handwerk wahrnehmen wollen. Im August 2024 wurden die Bedarfssätze und die Freibeträge für AFBG-Unterhaltsberechtigte im Gleichklang mit den Bedarfssätzen und Freibeträgen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) erhöht. Das ist bereits die zweite Erhöhung in dieser Wahlperiode. Mit der kommenden Novelle des Aufstiegs-BAföGs wollen wir die Unterstützung weiter ausbauen.

So reduzieren wir die Bürokratie im Handwerk

Die hohe Bürokratiebelastung wird von vielen Handwerksbetrieben als zentrale Herausforderung benannt. Durch den zunehmenden bürokratischen Aufwand bleibt den Handwerker:innen weniger Zeit für ihr Kerngeschäft. Kleine Betriebe im Handwerk sind davon überproportional betroffen.

Im Bürokratieentlastungsgesetz IV (BEG IV) sind konkrete Maßnahmen vorgesehen, mit denen wir die die Wirtschaft spürbar entlasten. Dazu zählen etwa Neuerungen bei den Informationspflichten und Aufbewahrungsfristen oder bei der Lebensmittelinformations-Durchführungsverordnung. In die Eckpunkte sind Vorschläge aus einer Verbändeabfrage eingeflossen, an der sich bis Mitte Februar 2023 insgesamt 57 Verbände beteiligt haben. Damit wurde sichergestellt, dass die Eindrücke aus der Praxis – eben auch von Handwerksbetrieben – bei der Erarbeitung der Eckpunkte berücksichtigt werden.

Klar ist aber, dass die Maßnahmen im BEG IV keine abschließende Liste darstellen. Denn Bürokratieabbau ist und bleibt eine Daueraufgabe. Es gilt also, dranzubleiben und den Bürokratieaufwand auch bei weiteren Gesetzen gering zu halten und konsequent weiter abzubauen. Hier sind auch die Organisationen des Handwerks und die Handwerksbetriebe in der Pflicht, Rückmeldungen zu konkreten Anpassungsbedarfen zu geben, die einen echten Unterschied in der Unternehmenspraxis machen.

Neben einer Bürokratieentlastung, die sich im Alltag der Handwerksbetriebe bemerkbar macht, muss auch sichergestellt werden, dass möglichst wenig neue Bürokratie aufgebaut wird. Um zusätzliche bürokratische Hürden zu reduzieren fordern wir einen „Praxischeck“. Damit kann – unter Einbeziehung der Handwerksbetriebe – sichergestellt werden, dass der bürokratische Aufwand von neuen Gesetzen und Regelungen systematisch überprüft wird und sie möglichst bürokratiearm ausgestaltet werden.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz hat ein solches Verfahren bereits entwickelt, um für konkrete Investitionsvorhaben und Fallkonstellationen bürokratische Hemmnisse zu erkennen und dafür Lösungen zu entwickeln. Nun gilt es, den sogenannten Praxischeck möglichst breit – auch in anderen Ressorts – auf neue Gesetze und Regelungen anzuwenden.

So erleichtern wir die Unternehmensnachfolge

In den kommenden Jahren stehen rund 125.000 Familienunternehmen in Deutschland vor der Herausforderung der Unternehmensnachfolge. Eine der größten Aufgaben für die Inhaber:innen der Handwerksbetriebe besteht darin, geeignete Nachfolger:innen zu finden. Viele dieser Betriebe sind nicht nur

Arbeitgeber und verlässliche Partner, sondern bündeln auch oft Know-How, das im Falle einer Schließung verloren geht.

Für Neugründungen gibt es aus gutem Grund viele Förderungen auf Bundes- und Landesebene. Gleichzeitig ist es wichtig, Neugründungen und Unternehmensnachfolge gleichwertig zu behandeln und durch Programme die Weiterführung von Handwerksbetrieben als Alternative für eine Unternehmensneugründung zu etablieren. Kammern und Verbände übernehmen hier eine wichtige Beratungsfunktion, den Ausbau wollen wir intensiver unterstützen.

So schaffen wir wettbewerbsfähige Strompreise für das Handwerk

Hohe Strompreise belasten insbesondere die Handwerksbetriebe, die für ihre Arbeit auf große Strommengen angewiesen sind. Um dauerhaft verlässliche und wettbewerbsfähige Strompreise zu schaffen, setzen wir auf den ambitionierten Ausbau erneuerbarer Energien. Sie produzieren günstige Energie. Wir wollen deshalb prüfen, ob die Einführung eines Erneuerbaren-Energiepools die Energiekosten auch im Handwerk nachhaltig senken kann. Die Bundesregierung hat die Energiewende mit einem umfassenden Reformpaket entscheidend beschleunigt und insbesondere kleinere Unternehmen mit der Abschaffung der EEG-Umlage entlastet. Wichtig ist es jetzt, dass der notwendige und beschleunigte Ausbau der Netze nicht zu weiteren Belastungen führt. Dazu werden wir zeitnah Maßnahmen beschließen, mit denen wir die Netzentgelte stabilisieren. Eine Möglichkeit wäre eine Beteiligung des Staates an den Infrastrukturkosten. Auch die Einrichtung eines Amortisationskontos werden wir prüfen.